

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 25.— M., im voraus zahlbar. Für Postbestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Ost- und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 29.— M., für das übrige Ausland 77.— M.

Die Jahrgangspostkommissionen ober deren Raum kostet 10.— M., einschließlich Anfertigung. Klein-Anzeigen: Das gesetzlich bestimmte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das gesetzlich bestimmte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um die Einheit der Arbeiterklasse

Die Friedensschalmei

Moskau und die Internationale sozialistisch-kommunistische Konferenz

Moskau, 28. Februar. (Zitel.)

In der Sitzung der erweiterten Exekutive hielt Sinowjew ein langes Referat über die Einheitsfront und die Stellung der Kommunisten zu einer internationalen Konferenz mit den Vertretern der Zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien. Sinowjew erklärte, daß es eine Verleumdung wäre, egoistische Interessen der Sowjetrepublik als Ursache der neuen Taktik der kommunistischen Internationale auszugeben. Die Parole der Einheitsfront werde nicht erst heute von den Kommunisten ausgegeben, Lenin habe bereits vor fast zwei Jahren in seiner Broschüre „Die Kinderkrankheiten des Kommunismus“ den englischen Kommunisten bei den Wahlen das Zusammengehen mit der Labour Party empfohlen. Das Fehlschlagen der proletarischen Revolution nach 1919 habe die Arbeiterkampfunlustig gemacht und dem Reformismus den Boden geebnet. Doch jetzt beginnen die Arbeiter infolge der Offensive des Kapitals einzusehen, daß sie ohne den Kampf nicht einmal ein größeres Stück Brot erringen können und daß sie geschlossenen vorgehen müssen, um in diesem Kampfe zu siegen. Jetzt wollen alle Arbeiter einheitlich zusammengehen, und wer das nicht fühlt, der ist ein Sektierer und kein Kommunist. Sinowjew wendet sich gegen die Verschwoemtheit, in der mancherorts auch die Verschmelzung der Parteien gefordert wird. Diese Forderung sei für die Kommunisten unannehmbar. Dagegen müßten sich die Kommunisten an die Spitze der Bewegung für ein geschlossenes Vorgehen aller Arbeiterparteien stellen. Die Spaltung war notwendig, um eine kommunistische Avantgarde zu bilden, doch jetzt sei der historische Zeitpunkt gekommen, wo man den Massen zeigen müsse, daß diese Spaltung nicht Selbstzweck war, sondern nur die Voraussetzung zur Schaffung einer wahren Einheit.

Der Korreferent Daniel Renoult (Frankreich) erklärt, daß auch die französische Partei gewillt sei, in bestimmten Aktionen für bestimmte Forderungen mit den anderen Arbeiterparteien zusammenzugehen, wenn es auch insoweit zu einem Uebereinkommen mit den Sozialdemokraten kommen sollte. Doch wendet er sich sehr scharf dagegen, mit der sozialistischen Partei eine Einheitsfront zu bilden. Die französische Partei könne die parlamentarische Unterstützung, die die Kommunisten in Sachsen, Thüringen und Schweden den Sozialdemokraten gewähren, nicht billigen. Den Plan einer internationalen Konferenz erachten die französischen Kommunisten als unannehmbar. In einer Konferenz teilzunehmen, auf der auch die französischen Sozialdemokraten vertreten wären, würden sich die revolutionären Sozialisten Frankreichs weigern. Zum Schluß seiner Rede gab Renoult der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, mit der Exekutive zu einer Verständigung zu gelangen.

Wenn Sinowjew von der Einheit der Arbeiterklasse spricht, so muß man seinen Worten mit der äußersten Vorsicht begegnen. Er selbst sagt heute noch, daß die Spaltung des revolutionären Proletariats notwendig gewesen sei, und er verlangt wohl gar noch Anerkennung dafür, daß die Moskauer Internationale die Organisationen des westeuropäischen Proletariats zerschlagen und sie kampfunfähig gemacht hat. Schon nach 1919, so sagt er heute, sollen die Arbeiter kampfunlustig gewesen sein; aber noch vor einem Jahre schickte Sinowjew seinen Belsa Khan nach Deutschland, um den Osterputz zu entzünden und die kampfunlustigen Arbeiter vor die Maschinenengewehre der Schuppelrei und der Reichswehr zu treiben. Und auch heute noch versteht jeder Mann unter Einheitsfront des Proletariats nicht nur die Einordnung des ganzen Proletariats in eine gemeinsame Linie, die Unterwerfung aller Organisationen unter die gemeinsam gefassten Beschlüsse, die Durchführung des Kampfes in voller proletarischer Disziplin. Er will vielmehr, daß die Kommunisten als das auserwählte Volk des Proletariats sich an die „Spitze der Bewegung“ stellen und weiter die berühmte „Vorhut“ bilden sollen. Moskau spielt die Pfeife, und die anderen haben danach zu tanzen. Es wird wirklich die höchste Zeit, daß die Kommunisten sich nach allem, was sie bisher verschuldet haben, eine größere Bescheidenheit und Zurückhaltung angewöhnen!

Da war Renoult doch offener. Er erklärte ohne Umschweife, daß die französischen Kommunisten mit den Sozialisten nichts zu tun haben wollen, und er teilt bei dieser Gelegenheit auch seinen deutschen Freunden einige Badenstreiche aus, weil sie die sozialistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen unterstützen. Man begreift, daß die französischen Kommunisten allen Anlaß zu dieser Stellungnahme haben. Ihre Vorkämpfer Trossard und Cachin zählen solange zu den begehrtesten Vorkämpfern des französischen Nationalismus, daß sie sich auch jetzt noch mit der Reaktion mehr verbunden fühlen, als mit den sozialistischen Arbeitern. Wir haben gar keinen Zweifel, daß

es zu einer von Renoult gewünschten Verständigung kommen wird, denn im Grunde genommen wollen er und Sinowjew das gleiche: der eine mit französischem Pathos, der andere mit talmudistischer Verschlagenheit. Inzwischen aber wird das übrige Proletariat darüber wachen, daß die jetzt von Moskau ertönde Friedensschalmei nicht zu einem neuen Betrug an der Arbeiterklasse ausartet.

Aufstände in Georgien

Die Georgische Gesandtschaft in Konstantinopel erfährt nachfolgendes über die letzten Vorgänge in Georgien:

Am 11. Februar, dem Jahrestage des russisch-bolschewistischen Ueberfalls auf Georgien, wurden in Tiflis, Batum, Kutais und vielen anderen Orten Massenfundgebungen gegen die russische Okkupation veranstaltet. Die Bevölkerung füllte in dichten Reihen die Straßen. Ueber den Köpfen der Demonstranten bewegte sich ein Wald von schwarzen Fahnen, es wimmelte von Plakaten mit den Aufschriften: Wir fordern die Befreiung Georgiens von den russischen Truppen! Nieder mit den Okkupanten! usw.

In Kutais war die gesamte Bevölkerung auf den Straßen. In Batum wurden von der Menge der Präsident des kommunistischen „Revolutionärskomitees“ Gamaroff und mehrere andere Agenten der Okkupationsbehörden verprügelt. Die Besatzungstruppen beschossen die Manifestanten, die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

An vielen Orten waren die von den russischen Okkupationsstruppen eingesetzten „Sowjetbehörden“ aus den Amtsgebäuden geflüchtet und hielten sich mehrere Tage versteckt. Die Gewalt lag in den Händen der Bevölkerung. Der Eisenbahnverkehr stockte gänzlich. Die Geschäftsläden und Bureaus waren im ganzen Lande geschlossen. Dort, wo sich die Okkupationsbehörden noch in Sicherheit fühlten, ließen sie Massenverhaftungen vornehmen; in Batum allein wurden 500 Personen verhaftet. Ueber das ganze Land ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Die Bevölkerung ist dem Hungertode ausgeliefert. Alle Lebensmittel sind verschwunden. Die russischen Sowjettruppen haben in Georgien absolut mehr keine Kaufkraft. Die Bauern verlangen georgische Wons, die aber aus dem Verkehr gänzlich verschwunden sind. Die russischen Truppen plündern und rauben. Am 9. Februar pogromierten die Soldaten die Kaufläden in Tiflis; sieben Kaufleute wurden getötet. Bei den russischen Behörden herrscht eine unbeschreibliche Panik. Ein Teil der geraubten Güter wird — soweit die Verkehrsmittel es erlauben — schleunigst nach Russland abtransportiert.

Der Tag der Befreiung Georgiens rückt näher heran.

Die Konferenz von Genua

Ein Protest der Sowjetregierung gegen die Verschiebung

Moskau, 28. Februar. (Zitel.)

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten hat an den italienischen Außenminister ein Radiotelegramm gesandt, dessen Kopie an den Außenminister Großbritanniens gerichtet ist. In dem Funkpruch heißt es:

Die russische Regierung, die den Vorschlag, an der Konferenz von Genua teilzunehmen, mit dem größten Ernst behandelt hat, eine bevollmächtigte Delegation, die aus den verantwortlichen Vertretern der Regierung besteht, ernannte, und zu diesem Zwecke sowohl in Russland wie auch in den verbündeten Sowjetrepubliken Arbeiter, die die wichtigsten staatlichen Funktionen ausüben, ihrer Arbeit entzieh und zur Vorbereitung des notwendigen Materials riesige Arbeit geleistet hat, vernahm am Vorabend der Abreise ihrer Delegation mit Erstaunen, daß die Konferenz ohne Angabe eines neuen Datums verschoben wurde. Die Verunsicherung auf die Ministerreise in Italien ist nicht sichhaltig, wenn man in Betracht zieht, daß die Einberufung der Konferenz von den bevollmächtigten Ministerpräsidenten beschlossen wurde und der Konferenz ein dringender Charakter zuerkannt, sowie die Aufgabe zugewiesen wurde, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und die allgemeine Wohlfahrt in allen Ländern wieder herzustellen. In Cannes wurden bestimmte Verpflichtungen übernommen, die durch die zufälligen Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierungen keinen Schwankungen unterworfen sein können. Dies darf um so weniger der Fall sein, als die Entente Regierungen in der Frage der Dauerhaftigkeit und Nichtigkeit ihrer Verpflichtungen mit besonderer Sensibilität vorgehen. Das jegliche Verhalten kann nur ein verächtliches Lächeln über die Verantwortlichkeit und Wohlbedachtlichkeit hervorrufen, mit der auf internationalen Konferenzen Beschlüsse angenommen werden.

Die dargelegten Umstände feststellend, gibt die russische Regierung ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Ententestaaten bei der Andauerung eines neuen Datums der Konferenz den Ermäßigungen, daß von ihren Vertretern angenommene Beschlüsse für sie verpflichtend sind, mehr Aufmerksamkeit schenken werden. Für die Konferenz können — selbst außerhalb Sowjetrusslands — Orte in einem Lande gewählt werden, das eine dauerhaftere Regierung besitzt.

Zum Schluß macht die russische Regierung den Vorschlag, den 23. März d. J. als Zeitpunkt der Eröffnung der Konferenz zu bestimmen und die Regierungen drei Wochen vor Beginn der Konferenz davon in Kenntnis zu setzen.

Internationale Abrüstung

Von Franz Künstler

Bei Ausbruch des Krieges ging, wie so vieles andere, auch die Internationale der Arbeiter in die Brüche. Unter der Parole „das Vaterland ist in Gefahr“, die Arbeiter müssen aus eigenem Interesse zu den Waffen greifen“ haben damals Tausende und aber Tausende von Mitgliedern sozialistischer Parteien aller Länder in den Formationen der europäischen Armeen Dienst getan. Doch bald kam die Ernüchterung und die Erkenntnis, daß die Betrogenen und Geschlagenen die Proletarier der ganzen Welt sind.

Die Opposition in Deutschland, die die Kriegskredit-Bewilligung und Durchhaltepolitik seit Anfang des Krieges tapfer und ohne Rücksicht auf die Opfer bekämpfte, für Frieden und internationale Verständigung ununterbrochen tätig war, hat später als U. S. P. D. mit gleichgesinnten Freunden des Auslandes bald nach Abschluß des Waffenstillstandes die gesundgebliebenen Teile der zweiten Internationale in die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien vereinigt.

Der Exekutive der I. A. S. P. ist es zu danken, daß durch ihre Initiative die bisher feindselig gegenüberstehenden internationalen Gruppen auf der Konferenz in Frankfurt a. M. zusammenkamen, um die für alle Länder so bedeutenden Reparations- und Wiedergutmachungsfragen, wie aber auch der von allen Friedensfreunden verlangten Bekämpfung des Militarismus neue Wege zu weisen.

In der Schlußsitzung vom 27. Februar gab für die französischen Sozialisten der Genosse G r u m b a c h noch die Versicherung ab, daß sie über die Verpflichtungen hinaus den Militarismus in Frankreich bekämpfen und den deutschen Genossen beistehen werden. Nach dem Bericht der „Freiheit“ (Nr. 99 vom 28. Februar) antworteten Wels (S. P. D.) und Kofersfeld (U. S. P. D.) mit dem Gelöbnis des gleichen Kampfes. Wenn Wels für die S. P. D. die Erklärung abgab, den Kampf aufzunehmen gegen den Militarismus, so wird das bei allen deutschen Arbeitern den lebhaftesten Widerhall finden.

Wir stehen im Reichstag vor den Beratungen des Haushaltsplanes des Reichswehrministeriums. Im Hauptausfluß des Reichstags konnte man aus den Ausführungen des Rechtssozialisten Schöpflin entnehmen, daß die Fraktion der Rechtssozialisten wie im vorigen Jahre, so auch für das Rechnungsjahr 1922 die geforderten 3½ bis 4 Milliarden bewilligen wird. Dieses Verhalten der rechtssozialistischen Fraktion ist nicht dazu angetan, den Ausführungen von Wels in Frankfurt a. M. den so notwendigen Resonanzboden zu verschaffen.

Schöne Reden über Völkerverständigung und Völkerverständigung wie auch über die Abrüstung zu Wasser und zu Lande sind vor dem Kriege in alle Welt hinausgegangen. Damals, d. h. bis zum 4. August 1914, handelte die deutsche Sozialdemokratie nach dem Ausspruch August Bebel: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“

Nach der Revolution bewilligten die Rechtssozialisten die Milliardenausgaben für das 100.000-Mann-Heer, obgleich dasselbe selbst vom reinen militärwissenschaftlichen Standpunkt aus keine Daseinsberechtigung hat. Als Machtmittel der Regierung zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit kommt diese von wilhelminischen Offizieren geführte Prätorianergarde nicht in Betracht. Hat doch selbst der nicht gerade auf dem linken Flügel der S. P. D. stehende Franz Krüger in einer Rede vor Mitgliedern der S. P. D. in Breslau am 12. Januar erklärt: „Die Reichstagsfraktion muß es sich überlegen, ob sie noch die Milliarden für dieses Heer bewilligen kann. Eine Polizeitruppe von 30.000 bis 35.000 Mann würde vollaus genügen und ausreichen zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung.“

Das wird aber dem ehemaligen Kommandanten von Berlin und nach Gustav Koste, den größten militärischen Sachverständigen der S. P. D., den Abgeordneten Schöpflin, nicht abhalten, nachzuweisen, daß bei den einzelnen Kapiteln und Positionen des Wehretats aus militärischen Gründen dies gestrichen und jenes ergänzt und hinzugefügt werden muß. Und wenn dann der Reichswehrminister G e h l e r, wie im vergangenen Jahr bei den Etatsberatungen, Herrn Schöpflin auch in diesem Jahr als den, der sich für Militärangelegenheiten immer sehr interessiert und praktisch mitgearbeitet hat, preisen sollte, dann wird Herr Schöpflin schmunzeln und sagen: Was heißt Abrüstung! Militär ist notwendig und auch die Militärmusik darf nicht verschwinden.

Herr Gehler wird dann wie in der Sitzung vom 28. 1. 1921 im Namen der „republikanischen“ Armee erklären: Ich bin dem Herrn Kollegen Schöpflin dankbar — und bin überzeugt, auch das Heer wird ihm dankbar sein — für das Verständnis, das er für die Militärmusik gehabt hat. Das genügt dann Herrn Schöpflin, und auch die rechtssozialistische Reichstagsfraktion wird bis zu den Deutschenationalen trotz Not und Elend der Opfer des imperialistischen Weltkrieges, trotz Finanznot des Reiches und der Länder, die Milliarden bewilligen. Auch wieder 4 bis 5 Millionen für Anschaffung und Unterhaltung von Sportbekleidung für das „republikanische“ Heer, während zur Bekämpfung der Tuberkulose

nur 24 bis 3 Millionen in den Etats des Ministeriums des Innern eingestellt wurden.

Sollen die Ausführungen von Wels in Frankfurt eine praktische Auswirkung zeitigen, so müssen die Rechtssozialisten jetzt durch die Tat zeigen, ob sie ernsthaft gewillt sind, die Milliarden für die militärisch überflüssige und politisch höchst gefährliche Reichswehr zu streichen, damit diese Summen für die so notwendigen Erhöhungen der Bezüge der Invaliden und Altersrentner Verwendung finden können.

Trotz der Rede Wels glaube ich nicht, daß die S. P. D. ablassen wird von ihrer militärfreundlichen Politik. Noch auf dem kürzlichigen Parteitag hat der Abgeordnete Hoch-Hanau als Referent in seinem Schlusswort sich zu dem Antrag 104, in welchem die Reichstagsfraktion ersucht wird, die Mittel für die Reichswehr in ihrer jetzigen antirepublikanischen Zusammenfassung nicht mehr zu bewilligen, erklärt: „Wir brauchen heute leider eine Wehrmacht, und dann müssen wir auch die nötigen Gelder dafür bewilligen.“

Mit der auf der Fünfländer-Konferenz einstimmig zur Annahme gelangten Abrüstungsresolution haben auch die Rechtssozialisten die Pflicht übernommen, ihre Haltung dem konterrevolutionär gearteten neudeutschen Militarismus gegenüber grundsätzlich zu ändern. Umso mehr, als diese schwarz-rot-goldene republikanische Garde trotz der Erklärungen von Gehler im Hauptauschuß nicht ein verfassungstreues Machtinstrument der Regierung, sondern der organisierte Feind der deutschen Republik und der deutschen Arbeiter ist.

Es war einmal

Bürgerliche Redakteure einst und jetzt

In der „Frankfurter Zeitung“ wurde am 1. März ein seltenes Jubiläum gefeiert. An diesem Tage waren es 50 Jahre her, daß Herr Otto Hörth in die Redaktion des Blattes eintrat, und er hat ihr seither ohne Unterbrechung angehört. Hörth redigierte in den siebziger Jahren in der „Frankfurter Zeitung“ Süddeutschland, das Feuilleton und die literarische Abteilung. Das Blatt schreibt über diese Periode:

„Es war eine aufgeregte Zeit, da Bismarck den sogenannten Kulturkampf gegen die katholische Kirche begann, der fünfzehn Jahre lang die Welt in Spannung hielt. Da die Bismarckschen Gesetze die Religions- und Gewissensfreiheit gründlich verletzten, stellte sich die „Frankfurter Zeitung“ entschlossen auf die Seite der verfolgten Kirche, was ihr den unverdrossenen Haß Bismarcks eintrug. Die Kulturkampf-Politik der „Frankfurter Zeitung“ wurde von Hörth in Gemeinschaft mit Dr. Joseph Stern geleitet; die verantwortlichen Redakteure der damaligen Zeit, Sonnemann, Hörth, Eduard Saß und Dr. Stern, erfuhren den vollen Zorn Bismarcks in Form von Strafanträgen, die von den Frankfurter Gerichten in viele Monate Gefängnis verwandelt wurden. Hörth mußte seine Strafen beinahe ein ganzes Jahr lang im Zuchthaus Ziegenhain verbüßen, wo ihm weder die Sträflingskleidung noch der Beinsamen-Teu und der Freilichtgrasche „Napf voll Erbse“ erspart wurden.“

Vergessen und verklungen! Es gibt heute keine bürgerlichen Redakteure mehr, die wegen des Kampfes für ihre Ueberzeugung ins Gefängnis wandern müßten. Dieses Vorrecht überließen sie in den lehrvergangenen Jahrzehnten den Redakteuren der sozialdemokratischen Blätter. Man kann auch die bürgerlichen Zeitungen an den Fingern herzählen, die noch so etwas wie eine eigene Ueberzeugung zu vertreten haben. Ihre Verleger wollen Geschäft machen, und darum sind ihnen Redakteure, die in Konflikte mit der Regierung und den Behörden geraten, höchst unbedeutsam. Man hat zwar neuerdings hier und da von deutschnationalen Pressevertretern gehört, die einen etwas schärferen Ton anzuschlagen wagten; aber sie tun das nur in der sie selten überschreitenden Voraussetzung, daß die bürgerliche Justiz ihnen wegen ihrer Angriffe auf die republikanischen Einrichtungen nicht allzu wehe tun würde.

Freilich hat sich jetzt ein gewisser Gegensatz zwischen Verlegern und Redakteuren aufgetan. Aber dieser Gegensatz entsand nicht aus dem Widerstreit politischer oder geistiger Auffassungen, sondern es ist aus der wirtschaftlichen Not

unserer Zeit erwachsen, die auch die bürgerlichen Presseleute nicht unberührt läßt. Vorläufig haben sie erst die Anfänge der gewerkschaftlichen Bewegung begriffen, aber schon sind die Verleger von hellem Entsetzen darüber erfaßt worden, daß ihre Redakteure auch das Wort Streik in den Mund zu nehmen wagen. Für die bürgerliche Presse kehren die Zeiten nicht wieder, von denen die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem Jubiläumsartikel spricht; dafür wird aber auch in den Kreisen der bürgerlichen Redakteure die Erkenntnis wachsen, daß sie ebenso wie die Arbeiter und Angehörten kämpfen müssen, wenn sie ihre Lage verbessern wollen. Und das wird schließlich auch der bürgerlichen Presse in Deutschland den Charakter unzweideutig ausdrücken, den sie jetzt zum Teil zu verhalten sucht: als einer der unzweideutigen Interessenvertretung des Kapitals.

Ein neues Stinnesorgan

Die Umwandlung der bisher demokratischen Stettiner „Ostsee-Zeitung“ in ein Organ der Deutschen Volkspartei ist vollzogen, ein Geschäft, bei dem der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Mittelmann hervorragend beteiligt war. Das Blatt ist am 1. März mit einer großen Werbenummer erschienen, in der den Lesern das Blaue vom Himmel versprochen wird, wenn sie nur der Deutschen Volkspartei angangen. Der Chefredakteur, Dr. Goldenbaum, stellt sich vor als einer, der die Deutsche Volkspartei wieder zu einer Partei der Reichsgründung machen und die „materialistische Weltanschauung der Demokraten und Sozialisten“ überwinden will. Die parteioffiziöse „Nationalliberale Korrespondenz“ schlägt die große Werbetrommel für das neue Blatt, dessen Parteiwächsel „in dem Leben und Wähen der Deutschen Volkspartei ein ereignisreiches Ereignis“ darstelle.

Möge die Arbeiterschaft der Ostseeprovinzen aus den Anstrengungen der Gegner die Bedeutung der Presse erkennen und all ihre Kräfte daransetzen, die Arbeiterpresse zu stärken!

Die Zwangsanleihe

Alles nach den Wünschen der Industrie!

Nachdem der Reichsminister Dr. Wirth heute morgen in Berlin eingetroffen ist, werden die Verhandlungen zwischen Regierungsvorstellern und Vertretern der Industrie, der Banken und des Handels über die Form, in der die Zwangsanleihe erhoben werden soll, morgen wieder aufgenommen. Das Finanzministerium wird, wie die Korrespondenz Simon erfährt, von sich aus keinerlei detaillierte Vorschläge über die Erhebungsart vorlegen, sondern sich darauf beschränken, die Anregungen der Wirtschaftskreise entgegenzunehmen. Auf Grund dieser Anregungen wird dann das Ministerium darüber entscheiden, in welcher Weise der Plan der Zwangsanleihe zu einem Gesetzentwurf veredelt werden soll.

Düsseldorfer Geheimbündler

Köln, 2. März.

Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Düsseldorf schreibt, begann gestern die Verhandlung des französischen Kriegsgerichts der 6. Rheinarmee gegen 29 der Geheimbündler des beschuldigten Einwohner Düsseldorf. Alle bisher vernommenen Angeklagten erklärten, nichts gegen die Befehlstruppen geplant zu haben, da sie nur öffentlich aufzutreten wären, wenn nach Abzug der Befehlstruppen im Inland Unruhen ausbrechen würden. In der Nachmittagsitzung wurden von den 29 Angeklagten nur 21 vorgeführt, da, wie das Blatt erfährt, das kriegsgerichtliche Verfahren gegen 8 Personen eingestellt wurde. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Es handelt sich bei den in Düsseldorf verhafteten und jetzt auf der Anklagebank stehenden Personen um Mitglieder der Geheimorganisation C. Daß diese Organisation militärischen Charakter trägt, ist bekannt. Die Angeklagten haben das vor Gericht auch zugegeben durch die Aussage, daß sie nach Abzug der Befehlstruppen im Inland gegen etwaige „Unruhen“ kämpfen wollten. Wir haben also in Deutschland neben der Reichswehr und der Polizei immer noch illegale Kampftuppen. Wann wird diesen endlich ernstlich zu Leibe gegangen?

Berufskrankheiten des Arbeiters

Es liegt im Wesen der Zeit, daß der Hygiene des Berufslebens heute ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ein Ueberblick über die Schädigungen, denen vor allem der Arbeiter im Gewerbebetrieb ausgesetzt ist, zeigt die Vielgestaltigkeit dieser Einflüsse und daher auch die Verschiedenartigkeit der Maßnahmen, die dagegen zu ergreifen sind. Eine solche Uebersicht vermittelt Dr. G. Wolff in der „Chemisch-Technischen Wochenschrift“; er legt dabei eine Dreiteilung der gewerblichen Gefährdungen zugrunde, die auf den bekannten Würzburger Hygieniker Prof. A. B. Lehmann zurückgeht.

Bei der Gefährdung des Arbeiters durch die Arbeit selbst und durch physikalische Einflüsse spielen körperliche Ueberanstrengungen infolge zu starker Beanspruchung einzelner Muskelgruppen oder zu lange ausgedehnter Arbeitszeit oder aber bestimmte physikalisch-mechanische Momente, wie Wärme, Kälte, Feuergefahr und Staub, die entscheidende Rolle. Das Kürzer der überlangen Arbeitszeit, die nach den Mitteilungen des Statistischen Jahrbuchs in Deutschland 1911 noch bis zu 11 Stunden betrug, hat unzweifelhaft allgemein günstig gewirkt, namentlich auf die jugendlichen und weiblichen Arbeiter. Eine ganze Reihe von Berufen sind nun durch schwere und gleichmäßige Arbeitsleistung oder Beanspruchung bestimmter Muskeln und Knochen charakterisiert; zu den dadurch hervorgerufenen Schädigungen gehören die sogenannten Bäderbeine, die durch Einbrüche des unteren Brustbeinbandes entstehende Schusterbrust, zahlreiche Schwielenbildungen, die durch überstarken Druck auf gewisse Hautstellen entstehen, Sprachstörungen und chronische Heiserkeit bei Leuten, die viel sprechen oder schreien müssen, die Häufung von Leistenbrüchen in Berufsarten, die mit dem Schleppen schwerer Lasten zu tun haben, dann die Berufsverletzungen durch mechanische Gewalt, so bei Steinhauern und Metallarbeitern Verletzungen durch Stein- und Metallsplitter. Besonders schlimm sind Schädigungen des Auges, deren Verhütung am besten durch Schutzbrillen oder Schutzgläser geschieht. Durch die übermäßige Einwirkung der Schallwellen entsteht die Schwerhörigkeit der Schmiede; ungenügende Beleuchtung begünstigt die Kurzsichtigkeit der Näherinnen und Stickerinnen sowie der gelehrten Berufe. Auch die Zitterkrankheit der Bergarbeiter, die in lebhaften, zuckenden Bewegungen der Augen besteht und die bis zur Arbeitsunfähigkeit führen kann, wird durch ungenügende Beleuchtung der Arbeitsstätten begünstigt. Andererseits gibt z. B. bei Feuerarbeitern und Glasbläsern zu starke Lichtstrahlung zu Sehstörungen Anlaß, während in noch höherem Maße durch Röntgen- und Radiumstrahlen und besonders durch den elektrischen Strom Gesundheitsstörungen bewirkt werden. Die meisten Unfälle in den elektrischen Anlagen wären allerdings bei genügender Vorsicht zu vermeiden.

Praktisch von der größten Bedeutung sind in dieser Gruppe der beruflichen Schädigungen diejenigen, die durch den Staub verursacht werden. Diese Gefährdungen, die für Glas- und Steinschleifer, Porzellanarbeiter, Metallschleifer, Kohlenarbeiter, Kalkbrenner und viele andere Berufsarten in Betracht kommen, können auf der besonderen giftigen Beschaffenheit des Staubes oder der aus seiner mechanischen Wirkung sich ergebenden Schädigung der Atmungsorgane beruhen, sind aber vor allem deshalb von so weittragender Bedeutung, weil die Staubeinatmung die Ansiedlung krankheitsverbreitender Keime, vor allem der Tuberkelbazillen, begünstigt. Die Staubeinwirkung in den Betrieben ist daher von höchster Wichtigkeit. Seine Verbreitung kann in vielen Fällen schon allein durch Feuchtigkeit vermieden oder wenigstens verringert werden; es kann daher nicht dringend genug zu nasser Verarbeitung der staubezeugenden Materialien und feuchter Befestigung des bereits gebildeten Staubes geraten und vor dem weitverbreiteten, oft nur auf Bequemlichkeit beruhenden trockenen Auflegen, Ausleeren und Abstauben gewarnt werden. Zur radikalsten Befestigung des Staubes hat daneben unter Umständen Abfassung an der Entstehungsquelle zu treten, während ein individueller Schutz durch Respiratoren gewährleistet wird, die desto nützlicher wirken, je einfacher und je bequemer zu tragen sie sind.

Die Gefährdung des Arbeiters durch chemische Einwirkungen, also durch die gewerblichen Gifte, geschieht durch Einatmung, durch Aufnahme kleiner Mengen in die Verdauungswege oder schließlich durch örtliche Einwirkung auf die verletzte oder unvertehrte Haut. Viel häufiger als akute Vergiftungen, für die etwa Schwefelkohlenstoff, Blausäuredämpfe, Arsenwasserstoff, Kohlenoxyd, Leuchtgas in Betracht kommen, sind die durch fortgesetzte Berührung mit den giftigen Stoffen stattfindenden chronischen Schädigungen. Das bekannteste Beispiel dafür bildet die gewerbliche Bleivergiftung. Neben der Einatmung minimaler Mengen kommt sie im wesentlichen dadurch zustande, daß die geringen, an den Händen noch haftenden Bleiteilchen auf natürlichem Wege in den Mund und in den Verdauungsstapel kommen, allmählich resorbiert werden und mit dem Blutstrom in die Gewebe des Körpers gelangen. Zu den rein örtlichen Vergiftungen zählen Verätzungen durch Chromsäure und ihre Salze, ferner ekzemartige Ausschläge, wie sie bei Buchdruckern auf die Verwendung schlechten Terpentin- und Kiendöls zurückgeführt werden, und die Zementkrätze der Maurer. Die Empfänglichkeit des einzelnen für diese Schädigungen ist sehr verschieden. Der wirksamste Schutz gegen sie alle liegt in der persönlichen Sauberkeit, in der gründlichen Reinigung der Hände und des Gesichts vor allen Mahlzeiten und der Ablegung der Arbeitskleidung in den Wohnungen. Die besonderen Schutzmaßnahmen in den Betrieben, die sehr mannigfaltig sind, müssen Hand in Hand mit solcher individuellen Vorsicht gehen. Sie hat auf der Kenntnis der Gefahr zu beruhen und muß sich besonders davor hüten, sich durch die Gewöhnung an die

Vor Neuwahlen in England?

London, 1. März. (Intel.)

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ will aus gut informierter Quelle erfahren haben, daß die allgemeinen Wahlen in England Ende April oder Anfang Mai stattfinden werden. Die Ursache für die frühzeitige Ansetzung der Wahlen sei u. a. die Niederlage der Koalition in den letzten Nachwahlen, die Erklärung einer der wichtigsten Sektionen der Unionspartei, daß sie die Koalitionspolitik nicht mehr kritisch hinnehmen werde, sowie endlich die Meinungsverschiedenheiten in der Regierung über den Bericht der Ersparnis-Kommission Geddes. Lloyd George habe damit gerechnet, daß die Konferenz von Genua seine Popularität steigern und seine Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens in besonderem Maße zeigen werde. Doch könne sich nun auch Lloyd George nicht mehr verhehlen, daß er sich in diesen Hoffnungen arg getäuscht habe.

Der Wahlkampf in Ungarn

Budapest, 2. März. (Intel.)

Der Minister des Inneren, Graf Klebelsberg, äußerte sich zur Frage der Wahlenthaltung der Opposition: Für uns kommt nur der Standpunkt der Sozialdemokraten in Betracht, weil nur sie imstande sind, eine größere Anzahl von Wählern von der Urne zurückzuhalten. — Im „Az Ujsag“ schreibt ein Regierungsmittglied: „Es wäre ein Unglück, wenn die Sozialdemokraten Wahlenthaltung üben würden. Die Partei könnte in 10 Bezirken ihren Kandidaten durchbringen.“ Wie verlautet, finden zwischen der Regierung und der Parteileitung der Sozialdemokraten Verhandlungen statt, die den Abschluß eines Kompromisses für welches sich besonders die Parteiführer Payer, Farkas und Banjal einsehen, zum Gegenstand haben. Die „Rapszava“, das sozialdemokratische Zentralorgan, erklärt, daß die sozialdemokratische Partei nach zweijähriger Passivität am Wahlkampf ernstlich teilzunehmen gedenke, um die ungarische Arbeiterklasse vor dem Forum des Landes zu vertreten.

Budapest, 1. März.

Graf Stefan Bethlen erklärte Pressevertretern, daß die Regierung, entsprechend dem Ergebnis der verfassungsrätlichen Konferenz, demnächst die Wahlordnung für die neue Nationalversammlung in Verordnungswege in Kraft setzen werde. Es werde dann Aufgabe der neuen Gesetzgebung sein, das eigentliche Wahlrecht zu schaffen. Die Wahlordnung wird mit der früheren Gesetzvorlage der Regierung übereinstimmen und den Wünschen der Opposition größtenteils Rechnung tragen. In Budapest und in den königlichen Kreiskästen (!!) werden die Wahlen geheim und in der Provinz öffentlich sein. Auf diese Weise hofft die Regierung, etwaigen Auswüchsen der Extremisten von rechts wie von links auf die wirksamste Art zu begegnen. Die Freiheit der Wahlen wird durch die strengsten strafrechtlichen Bestimmungen geschützt werden.

Die ungarische Regierung wird natürlich die Auswüchse bei den Wahlen nicht bekämpfen. Sie will vielmehr, daß durch Terror die oppositionellen Wähler eingeschüchtert werden und hat gerade deshalb die Deffektivität der Wahlen diffamiert.

Die heutige Börse

Die heutige Börse zeigte feste und belebte Haltung. Sapag 577, Lloyd 422, Hansa 509, Hamburg-Süd 715, AEG. 925, Bochumer 1395, Lauria 2190, Luxemburger 1290, Gelsenkirchener 1310, Rhönig 1350, Rheinisch 1600, Harpener 1845, Petrolium 2100, Dresdener 1235, Daimler 626, Guano 2010, Dynamit 988. Von fremden Wechseln waren Holland 9100, London 1050, New York 237½, Dollarnoten 237—239½, Rumänen 190, Polnische Noten 570.

Börsenkreis in Belgrad. Angesichts der Verordnung des Finanzministers, durch die der freie Devisenhandel aufgehoben und unter strengen Maßnahmen der Nationalbank übertragen wurde, sind die Banken von der gestrigen Börse ferngeblieben, so daß überhaupt keine Börsenabschlüsse gemacht wurden.

Dänisches Hilfswerk für Oppau. Das deutsch-dänische Komitee zur Hilfeleistung für die Opfer des Oppauer Unglücks überwies dem Reichshilfsauschuß für Oppau durch den deutschen Gesandten in Kopenhagen als Schlußbeitrag 51.881,02 Mark. Das Gesamtergebnis der bisher in Dänemark eingekommenen Spenden hat hiermit die ansehnliche Summe von 916.891,12 Mark erreicht.

Gefahr einschläfern zu lassen, da es in der Regel zu spät ist, wenn erst einmal eine chronische Vergiftung Platz gegriffen hat.

Die Schädigung des Arbeiters durch pflanzliche und tierische Parasiten, die die dritte Kategorie der Lehmannschen Einteilung bildet, hat fließende Grenzen, da die Ursache bei anstehenden Krankheiten, die auf der Infektion mit Kleinlebewesen beruhen, im Einzelfall fast nie nachzuweisen ist. Eine parasitäre Erkrankung, die zweifellos zu den Gewerbekrankheiten zählt, ist der Milzbrand, der beim Umgehen mit Häuten und Haaren entstehen kann. Viele müssen um so sorgfältiger desinfiziert werden, als die Milzbrandsporen sehr widerstandsfähig sind. Die Krankheit, die für Gerber, Abbeeder, Tierärzte in Betracht kommt, ist allerdings verhältnismäßig selten, ebenso wie der gefährliche Rost. Um so häufiger, aber auch um so weniger einseitig als Berufskrankheit zu charakterisieren, ist, wie schon erwähnt, die Tuberkulose. Sie gehört vor allem deshalb hierher, weil sie bei denjenigen Berufsgruppen besonders häufig ist, die dauernd unter Staubwirkung zu leiden haben. Sehr bemerkenswert und auch von großer Wichtigkeit für die Erforschung der Tuberkulose ist dabei die verschiedene Schädlichkeit der einzelnen Staubarten. Am schädlichsten erscheint Sandsteinstaub, dann Granit und dann Marmor, so daß unter den Milzbrandarbeitern, Metall- und Glaschleifern die Opfer der Tuberkulose verhältnismäßig am zahlreichsten sind. Auffallend ist, daß bei den Kohlenarbeitern dagegen wenig Lungenlupus vorzukommen, eine Erscheinung, die auf Beziehungen hinweist, die man im einzelnen noch nicht klären können. Vereinzelt, weil durch tierische Parasiten hervorgerufen, steht die Wurmkrankheit der Bergarbeiter, die zeitweilig im niederrheinischen Kohlenrevier sehr erhebliche Ausdehnung angenommen und in ausländischen Bergwerken schon zu großen Epidemien geführt hat.

Patriotischer Schall und Rauch. Das Sonntagspublikum eines Kabarets, wie das im Zirkus Reinhardt, „Schall und Rauch“, setzt sich vorwiegend aus Schiebern und Ausländern zusammen. Das ist eine einfache Feststellung. Nun sind — vom sozialistischen Standpunkt im besonderen, aber auch vom kulturellen im allgemeinen gesehen — weder diese jüdisch-orientierten Schieber, noch diese Ausländer, die solche Kabarets hauptsächlich besuchern, besonders angenehme Zeitgenossen. Es könnte also gleichgültig sein, wofür diese sehr zahlungsfähigen Herrschaften ihr erschautes Geld hinauswerfen. Bedeutet man aber, daß dieses Kabarett zu Anfang des Bestehens gezeigt hat, eine angemessene literarische und künstlerische Höhe seiner Darbietungen einzuhalten, so kann an dem Beispiel Schall und Rauch gezeigt werden, wie tief künstlerisch und literarisch ein Kabarett sinken kann, wenn es den übelsten Lokalangehörigen schmeichelt.

Im Februarprogramm des Kabarets „Schall und Rauch“ tritt ein Regisseur Schmidt-Marwitz auf, der nichts kann. Das ist nicht weiter schlimm, man braucht ihm ja nur zu verstehen zu geben, daß man's mezt. Schlimm an der Sache ist aber, daß er seine

Niemals wieder!

Der Kronprinz, die Stresemänner und die Arbeiter

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die monarchistische Kreise in Deutschland ihre Propaganda umgestellt haben. Sie sind zu der Erkenntnis gekommen, daß das monarchistische System, wie es bis zur Revolution gestaltet war, seine Werbekraft verloren hat. Für den Träger dieses Systems, für Wilhelm Hohenzollern, läßt sich heute erst recht keine ernsthafte Agitation mehr entfalten. Seine Person ist zu stark kompromittiert, sowohl was seine Taten als auch was seinen Charakter anbelangt.

Fest steht jedenfalls, daß die Person des ehemaligen Kaisers bei der monarchistischen Agitation immer mehr in den Hintergrund tritt. Dafür wird um so mehr der ehemalige Kronprinz in den Vordergrund gehoben. Um die Sache schmackhafter zu machen, wird der Monarchie ein demokratisches Mäntelchen umgehängt und der Kronprinz selbst als alter Demokrat gepriesen. Wir erinnern nur an den Brief, den Wilhelm Hohenzollern junior an den Bonner Professor Zorn gerichtet hat und der vor einiger Zeit in der Presse veröffentlicht wurde. Sowohl die Niederschrift des Briefes, als auch die Veröffentlichung geschah mit Vorbedacht.

Die politischen Hintermänner dieser Aktion wollen dem deutschen Volke jetzt mit Samtpfötchen beikommen, nachdem sie eingesehen haben, daß die Faust vertragen muß. Die dem Kronprinzen angedichtete „demokratische Auffassung“ soll seine Gestalt in Deutschland wieder populärer machen. Er soll als harmloser Bürger erscheinen, damit gegen seine etwaige Wiederkehr nach Deutschland kein mächtvoller Protest erschalle. Ist der Mann erst wieder in Deutschland, dann wird sich, so hoffen die Monarchisten, schon alles finden.

Die Väter des neuen monarchistischen Mythos sind in erster Linie innerhalb der Kaiserlich Deutschen Volkspartei zu suchen. Herr Dr. Stresemann sät und erntet in einem Blatte dazu, den Kronprinzen a. D. als einen „Mann von Geist und Lebenserfahrung“ zu bezeichnen. Man habe es in seiner Person mit „einer geistigen Potenz zu tun, an der niemand vorübergehen könne“. Die „Periode des idealistischen Träumens“ sei für ihn vorbei, er werde jetzt von einem starken „realpolitischen Denken“ beherrscht, und sein eigener Geist sei viel stärker, als man ihm bisher zugetraut habe. Zu dieser Erkenntnis ist Herr Stresemann gekommen durch ein Buch, welches zwar noch nicht erschienen ist, aber vom ehemaligen Kronprinzen zu schreiben beabsichtigt wird.

Man merkt, was hier gespielt werden soll, und darum gilt es, die Wendung in der monarchistischen Agitation aufmerksam zu verfolgen und das beabsichtigte politische Manöver rechtzeitig und gründlich zu durchkreuzen. Wenn Herr Stresemann den Kronprinzen für eine geistige Potenz hält, so beweist das nur, wie geringfügig seine eigenen geistigen Ansprüche sind. Der ehemalige Kronprinz hat vor und während des Krieges gezeigt, wie es in Wirklichkeit mit seiner Begabung bestellt ist. Was er jetzt auf seiner einsamen Insel ausbrütet, geht uns nichts an, zumal obendrein feststeht, daß er sich fremden Wein in seine Schläuche füllen läßt.

Über ganz davon abgesehen, ob Wilhelm Hohenzollern junior über das geistige Denkvermögen eines deutschen Normalbürgers verfügt oder nicht: seine Rückkehr nach Deutschland wird von den Arbeitern und von allen Republikanern verhindert werden mit alle zu Gebote stehenden Mitteln. Denn wäre der Mann erst wieder in Deutschland, dann würde er sehr schnell zum gefährlichen Mittelpunkt der monarchistischen Propaganda werden, sein demokratisches Mäntelchen würde fallen, und er würde sich schnell als der traditionelle Träger jener Eigenschaften des Hohenzollernhauses entpuppen, die für immer den Ruf des betrogenen Volkes ausgelöst haben: Niemals wieder!

Vertragung der Groß-Hamburger Verhandlungen. Die Verhandlungen über die Frage Groß-Hamburg, die Montag zwischen den Vertretern Preußens und Hamburgs begonnen haben, sind nach zweitägiger Aussprache auf den 9. März vertagt worden.

Unfähigkeit hinter einer plumpen Spekulation auf den monarchistischen Pöbel versteht! Noch schlimmer ist dann, daß Leute, wie Peter Pfeiffer und Sentia Scheland, die immerhin etwas können, sich an dieser Spekulation beteiligen.

Man könnte selbst reaktionäre Satire ertragen, wenn sie, was allerdings niemals der Fall war, wichtig ist. Dazu gehört freilich Geist und Kenntnis der Politik, der Parteien und ihres Wesens. Davon lassen aber die monarchistischen Entstellungen nichts spüren. Sie sind nur übel und geschmacklos. Solchen Spekulationen auf den „Patriotismus der dummen Kerle“ sollte sich ein Kabarett, das Gesträch geniest in Theater, wo die „Weber“ und „Floriant“ gespielt wurden, einfach schämen. Gerhart Seger

Sonntags-Konzerte. Am Sonntag hat das erste „Volks-Symphonie-Konzert“ im Großen Schauspielhaus stattgefunden. Und wenn man sich sonst gar oft über dieses Kolossalgebäude ärgern muß, das so manches Drama durch die fürchterliche Todesart des Aufblasens hingerichtet hat, am Sonntag kam, wie bei den proletarischen Feiertagen, der Atempause wieder einmal zu seinem Recht und erfüllte seinen eigentlichen Zweck: einer großen Gemeinde Versammlungsräum.

Es war auch eine Art proletarischer Feiertag, dieses erste Volks-Symphonie-Konzert. Der weitaus überwiegende Teil der Zuhörer gehörte dem arbeitenden Volke an. Nur war das Element, das diesmal diese große Gemeinde eintrug, nicht die politische Gesinnung, die gleiche Weltanschauung, wie bei den Feiertagen der U.S.P., sondern etwas ganz anderes, etwas, das allerdings wohl auch fähig ist, die Herzen einer großen Gemeinde zu erheben und zu vereinen: die Kunst. Und zwar wundervolle Kunst. Beethovens „Egmont-Ouverture“, diese unvergängliche, man möchte fast sagen: „politische“ Hymne auf die Demokratie und die Freiheit, sein Violinkonzert und Schuberts Symphonie in Cdur — ein äußerlich wie innerlich fast überreiches Programm.

Ich bin kein Musiker und kann die künstlerischen und technischen Leistungen des Dirigenten (Klaus Pringsheim), des Geigers (Kulenkampff-Pohl) und des großen Orchesters nicht würdigen und nicht beurteilen. Aber es will mir scheinen, als wären ihre Leistungen sehr gut gewesen, wie könnten sie sonst das menschliche Herz so stark ergreifen, erfreuen und erschüttern — auch das Herz eines Menschen, der „nichts von Musik versteht“! Solche Sonntags-Konzerte sind wahrhaftig ein besserer „Gottesdienst“ als der in den Kirchen übliche. Welcher Prediger (und, weiß Gott, auch welcher sozialistische Versammlungsredner!) möchte es eventuell mit Beethoven und Schubert aufnehmen? Hans Siemsen.

Die Melos-Abende werden immer besser und besser. Die Werke, die sie vermitteln, sind durchweg interessant, und die Wiederholung der Werke an einem und demselben Abend bemüht sich vorzüglich. Man meditiert gern über das dargebotene Stück, und das erleuchtet und erlöst, klärt auf, besetzt eine Meinung oder hebt sie wieder auf.

Der VII. Abend brachte Arnold Schönbergs Streichquartett in Fis-Moll op. 10. Zwei Seelen ringen deutlich in dieser Kammermusik miteinander, ohne sich einander loszufinden.

wo sie, wieder in Berlin, ihre Fortsetzung finden sollen. Zur Groß-Hamburg-Frage hat der Arbeiterrat Groß-Hamburg eine Denkschrift herausgegeben, in der er sich für eine politische Zusammenlegung des gesamten Groß-Hamburger Gebiets ausspricht.

Freiheit, steh mir bei!

Wiederaufnahme des Jagow-Prozesses

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, hat Herr v. Jagow, der gegenwärtig in Gollnow i. P. seine Festungsstrafe verbüßt, seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Grünspach-Berlin, ersucht, das Wiederaufnahmeverfahren beim Reichsgericht in Leipzig zu betreiben.

Dem Spaziergänger vom Brandenburger Tor scheint der Festungsaufenthalt nicht abwechslungsreich genug zu sein, er scheint den Aufenthalt in Gollnow durch eine Reise nach Leipzig in die süße Luft der Freiheit unterbrechen zu wollen. Wenn man die juristischen Bestimmungen beachtet, so wird einem auch klar, worauf der Herr hinauswill.

Das Wiederaufnahmeverfahren des Prozesses beim Reichsgericht ist nach § 399 der Strafprozessordnung bei erstinstanzlichen Entscheidungen möglich, wenn der Beurteilte neues Beweismaterial beizubringen in der Lage ist, das die strafbare Handlung, wegen deren die Verurteilung erfolgt ist, in neuem Licht erscheinen läßt. Bei Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens hat das Gericht die Möglichkeit, die Vollstreckung des Urteils der ersten Instanz auszusetzen oder die Verbüßung der Strafe zu unterbrechen. Nach § 407 der Strafprozessordnung liegt die Entscheidung über die Wiederaufnahme des Verfahrens bei dem Gericht, das in erster Instanz das Urteil gesprochen hat. In diesem Falle käme also der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichtes in Frage.

Watter — kein Putschist?

Der frühere Kommandeur des Reichswehrgruppenkommandos 7 in Münster, General von Watter, war vom „Vorwärts“ in einem Bericht über den „Frontkämpfertag“ im Stadion als Reichsbolschewist bezeichnet worden. In einem Brief verwahrte sich der General gegen diesen Ausdruck und er vom „Vorwärts“ auf seine Haltung während des Kapp-Putsches und seine Teilnahme an einer Verschwörung in Karlsruhe hingewiesen wurde mit der Bemerkung, daß diese Betätigung die Bezeichnung „Reichsbolschewist“ rechtfertige.

General von Watter strengte daraufhin Klage an, die gestern vor dem Schöffengericht in Moabit verhandelt wurde. Der Prozeß endete mit einer Vertagung. Zu dem neuen Prozeß soll eine große Anzahl Zeugen geladen werden, darunter der frühere Freikorpsführer von Lüchow, der preussische Minister Severing, der Reichstagsabgeordnete Otto Braß und die rechtssozialistischen Landtagsabgeordneten Husemann und Klupsch. Watter hat seinerseits mehrere Entlastungszeugen laden lassen.

Der Prozeß wird die Möglichkeit geben, das Verhalten Watters während des Kapp-Putsches aufzuklären. Aus dem Material, das bei dem Freikorps von Lüchow beschlagnahmt werden konnte, als es von den kämpfenden Arbeitern aus Remscheid vertrieben worden war, ging deutlich hervor, daß Watter mit den Kappisten in Verbindung stand und in alle Pläne eingeweiht war. Ähnliche Befundungen hat Minister Severing wiederholt im preussischen Landtag gemacht.

Reformpläne der Reichspost

Dem Reichstag ist vom Reichspostministerium eine Denkschrift über „Die Vereinfachung und Verbesserung von Verwaltung und Betrieb der Reichspost- und Telegraphenverwaltung“ zugegangen, aus deren sachlichen Inhalt wir folgendes wiedergeben:

Die bisher eingeleiteten und noch beabsichtigten Änderungen in Verbindung mit den Vereinfachungen des Geschäftsbetriebes im Ministerium selbst werden eine Verringerung des Personalbestandes in erheblicher Zeit zur Folge haben. Ebenso wird im Verlauf späterer Jahre eine Verringerung der Oberpostdirektionen von 45 auf 35 möglich sein. Der Postfuhrbetrieb, der enorme Ausgaben verschlingt, soll auf das unumgängliche Maß zurückgeführt werden, und zwar durch größere Inanspruchnahme der Straßenbahnen und durch den Kraftfuhrbetrieb, der leistungsfähiger ist und geringere Betriebskosten als die Verwendung von

Im frühen Schönberg lebt die Art und die Sehnsucht zweier großer Meister, Beethovens und Wagners, und gibt sich wie in einer Wiedergeburt mit neuen unerhörten jenseitigen Mitteln.

Im ersten Satz strebt echter Schönberg auf, verflüchtigt sich, weicht nicht recht wohnen und schlief wie ein Traum. Der zweite Satz ist bewußte und unbedachte Karikatur eines klassischen Scherzos, zum Schluß laßt es perflüchtend leicht wienerisch auf und verzweifelt über den eigenen Kampf in einer kurzen Groteske über „Ach, du lieber Augustin“. Die beiden Georgischen Lieder aber, die das Werk beenden, sind tief empfundener Wagner, von einem demütig anbetenden Jünger gesungen: dünn überhaucht vom Glanze neuer Möglichkeiten. Diese Lieder trug herrlich musikalisch, nur mit etwas zuviel Vibrato, Frau Nora Pissling-Boas vor, das Ganze spielte muster- und meisterhaft das Lambrino-Quartett, dem diese Veranstaltungen viel von ihrem Gelingen verdanken. Arno Nadel

Gefängnisstrafe für das Nichtzurückgeben eines Buches. Ein sehr beachtenswertes Urteil, das allerdings manches Kopfschütteln erregen wird, ist kürzlich von einem Richter in Babilon bei Jülich gefällt worden. Ein Bäcker des Ortes hatte einem Freund ein Buch geliehen, das 8 Francs kostete, und als er es auf seine Forderung nicht zurückgab, klagte er. Der Richter fand den Wiederleiher, der nach alter schlechter Sitte das wiedergegebene Betrag, des Diebstahls schuldig und verurteilte ihn zu zwei Tagen Gefängnis, zu einer Geldstrafe von 20 Francs und zur Wiedergabe des Buches oder seines Wertes; er erklärte ein Buch für einen Familiengegenstand so gut wie Möbel, der zur Wohlfahrt der Familie notwendig ist.

Tages-Notizen

Volks-Symphoniekonzerte im Großen Schauspielhaus. Eine Wiederholung des ersten Volks-Symphoniekonzertes findet Sonntag, 11½ Uhr vormittags, statt. Programm: Beethoven, „Egmont-Ouverture“ und Violinkonzert (Solo): Georg Kulenkampff-Pohl. Schubert, „G-dur-Symphonie“. Dirigent: Klaus Pringsheim. Karten 4,50 M. sind in unserer Arbeiterbildungsschule, Belle Str. 4/5, zu haben.

Veranstaltungen von Neustadt. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, Aula des Reform-Kollegiums, Bobbinstr. 34/41, gibt das Trio: Professor Georg Schumann (Klavier), Professor Willi Deß (Violine) und Professor Hugo Dehert (Cello) den IV. Kammermusikabend mit Werken von Schubert und Beethoven. Karten 4,10 M. (Saal nummeriert) und 1,50 M. (Golfen).

Verkehrsmittelplan für den Wald des Adonischen Real-Gymnasiums. Infolge der Ueberfüllung Sonntag, 11. März, 2 große Gala-Vorstellungen. 1. Vorstellung 3 Uhr: Donnersohn. 2. Vorstellung 6 Uhr: Dr. Faust. Uebrig der Platz: um 3 Uhr: Kinder 1,50 M., Erwachsene 2,50 M.; um 6 Uhr: Kinder 2 M., Erwachsene 3 M.

Volks-Symphoniekonzert. Albert Florenz, Margarete Schän, Heinrich Witte, sprechen Freitag, 8 Uhr, im Balkon der Realistischen Musikschule, Ballhaus, Ecke Eißelstraße, in der Gesellschaft für Fortschritt. Lieder: Meistersingerwerke: Willi Müller (Violine), Ernst Heurich, Robert Berg (Klavier, Gesang), Hermann Schröder (Klarinette) — Der Arbeitermann. Im Füllgel: Fritz Walden. Karten zu 4 M. nur durch die Arbeiterbildungsschule, Belle Str. 4/5, und an der Abendkasse.

Vorträge. Freitag spricht im Oberlokal der Völkervereinigung, 7½ Uhr, Kleinplatzprofessor Hermann (Wohn) über das Thema: „Der Mensch und das All“. Der Vortrag wird von Dr. Paul Kohnenbach moderiert. — In der „Zeitung“ (11. Sonntag, den 8. März, 3. Mittags 12 Uhr, Diga Kojan aus den Werken von Poe, Delius, Mann und W. 11. 12.

Verden verursacht. Der Bahnpfostbetrieb ist, dem jetzigen Stande des Eisenbahnfahrplans entsprechend, gegenüber der Vorkriegszeit erheblich eingeschränkt worden. Die Verringerung der Betriebskosten, die durch diese Neuordnung der Verkehrseinrichtungen herbeigeführt worden ist, läßt sich noch nicht genau veranschlagen. Von erheblicher Bedeutung für die Höhe der Betriebskosten ist die Regelung des Kadasters. Auch hier ist eine Verringerung, die sowohl einem Bedürfnis der Verwaltung wie des Personals entspricht, vorzuziehen. Die Arbeitszeit bedarf für den Bereich der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nach einer ins einzelne gehenden grundsätzlichen Regelung, bei der die volle Heranziehung der Arbeitskraft ohne Durchbrechung der Grundlinien des Achtstundentages unter Vermeidung jeder Ueberanstrengung der Beamten sichergestellt werden muß.

Zusammenfassend kann gesagt werden, so schließt die Denkschrift, daß die bereits vollzogenen Vereinfachungen und Verbesserungen eine Ausgabenverminderung um einige Milliarden Mark zur Folge gehabt haben. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung ist entschlossen, alle Maßnahmen, die eine Vereinfachung und Verbesserung von Betrieb und Verwaltung zu bewirken geeignet sind, mit allem Nachdruck zur Durchführung zu bringen. Zu diesem Zweck ist aus Mitgliedern des 27. Ausschusses des Reichstags und aus Vertretern des Verkehrsbeirats, des Beamtenbeirats und Zentralbetriebsrats mit Hinzuziehung von Beamten des Ministeriums ein Vereinfachungsausschuß gebildet worden, der alle Einrichtungen der Post- und Telegraphenverwaltung, besonders ihren Betrieb, eingehend an Ort und Stelle prüfen soll.

Unsaubere Methoden

Wenn es ein Gebiet praktischer Arbeit für das Proletariat gibt, auf dem schon jetzt in einem gewissen Rahmen Erprobliches geleistet werden kann, so ist das sicher die Kommunalpolitik. Deshalb ist auch in vielen Orten ein enges Zusammenarbeiten der sozialistischen Parteien durchgeführt. Leider geschieht das nicht in dem notwendigen Maße in dem von Parteikämpfen innerhalb der Arbeiterschaft zerstückten Berlin. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit ist in Berlin um so größer, als es die Arbeiterklasse in der Kommune mit gutorganisierten bürgerlichen Parteien, vielfachster Interessensvertretung des Bürgertums und ungünstigen Mehrheitsverhältnissen zu tun hat. Das Bestreben unserer Partei, das auch im Manifest des Leipziger Parteitages ausgesprochen wurde, in allen Situationen im Interesse der Arbeiterklasse ein „Maximum an Einigung“ herbeizuführen, scheitert leider nur allzu oft an dem Verhalten der Rechtssozialisten.

Ein klassisches Beispiel dafür war die Bürgermeisterwahl in Cöpenick. Wir haben uns wiederholt damit beschäftigt, weil es sich bei den Rechtssozialisten in Cöpenick, im besonderen aber bei Franz Krüger, um eine geradezu pathologische Vorliebe für die bürgerlichen Parteien handelt. Nun ist es gewiß das Recht Franz Krügers und seiner Trabanten, ihre Auffassung mit guten oder schlechten Gründen zu verteidigen; wenn aber diese Verteidigung mit derartig unsauberen Methoden geschieht, wie in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“, dann ist eine Zusammenarbeit mit den Cöpenicker Rechtssozialisten nicht nur aus politischen, sondern aus moralischen Gründen nicht mehr möglich. Im „Vorwärts“ steht wörtlich: „In der Wahl vorausgehenden Debatte hielten unsere Genossen Franz Krüger und Meier scharfe Abrechnung mit den völlig unzuverlässigen Vertretern der U. S. P. D. und R. P. D., die es zu verantworten haben, daß der 16. Bezirk einen bürgerlichen Bürgermeister bekommen hat.“

Wir brauchen die Geschichte der Ereignisse in Cöpenick nicht noch einmal zu wiederholen. Wir stellen nur fest, daß die Bezirksverordneten der U. S. P. für ein Mitglied der S. P. D. als Bürgermeister gestimmt haben, während die Rechtssozialisten einen ausgesprochenen Gegner der Einheitsgemeinde zum Cöpenicker Bürgermeister wählten. Diese Tatsache genügt völlig zur Beurteilung der pathologischen Kommunalpolitik Franz Krügers im 16. Verwaltungsbezirk.

Eisenbahnbeamte als Mörder?

Eine deutsche nationale Lüge

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht in der Nr. 97 vom Sonntag, den 26. Februar: In der Nacht vom Montag zu Dienstag voriger Woche ist der Eisenbahnkretzer Georg Joneleit brutal erschossen worden. Joneleit gehörte der Deutschen Nationalen Volkspartei an und hatte während der Streiktage mit eisernem Willen für seine Arbeit verrichtet. Man nimmt an, daß er ein Opfer seiner politischen Ueberzeugung geworden ist, denn die radikale Beamtenchaft war ihm feindlich gesinnt.

Dazu wird uns mitgeteilt: Joneleit ist in der betreffenden Nacht schwer betrunken auf dem letzten Bahnhof mit einem Vorortzuge angekommen. Er schlief derartig auf dem Bahsteig hin, daß ihm das Blut aus Nase und Mund kam. Jede Hilfeleistung lehnte er ab. Da er oft betrunken war, kannte ihn in jeder Bedienstete schon und jeder wußte, wie trafehlich er in diesem Zustande ist. Der Schrankenwärter Jakob, welcher Nachdienst hatte, machte Joneleit darauf aufmerksam, daß er an seiner Wohnung schon vorbei sei, doch dieser ließ sich nicht helfen, taumelte die Heidestraße weiter entlang, dem Nordhafen zu, in welchen er dann schließlich hineingestürzt sein mag.

Die Beamten sind entrüstet über die Gemeinheit der „Deutschen Tageszeitung“, welche den erst. Tod Joneleit's den „radikalen“ Eisenbahnern in die Schuhe schieben will. Niemand von den Beamten und Arbeitern hat Joneleit feindlich gesinnt, denn dieser wurde von keinem ernst genommen. Er war das Gesicht des ganzen Bahnhofs.

Der Deutschen Nationalen Volkspartei können wir zu solchen Mitglidern nur gratulieren.

Die große Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse

Die Irrfahrten des Desraudanten

Der verhaftete Nachtmeister Ziebler wurde gestern auf dem Berliner Postzeipräsidium eingehend vernommen. Ziebler ist in vollem Umfange gefährlich und schädert auch im einzelnen seine Erlebnisse. Weil er bei Balutageschäften größere Beträge verloren hatte, unterschlug er zunächst, um den Verlust zu decken, bei der Polizeihauptkasse, bei der er als Hilfsarbeiter beschäftigt war, 50.000 M. Da er diese nicht wieder zurückerstatten konnte, die Unterschlagung aber vor der Entdeckung stand, so wollte er, wie er sagt, wegen dieser geringen Summe nicht ins Gefängnis wandern. Er beschloß, noch einen größeren Betrag zu unterschlagen und damit zu fliehen. Planmäßig bereitete er alles vor, hob dann 800.000 M. ab und ergriff, wie berichtet, mit Fleißer die Flucht. Für Ausweispapiere, die auf den Namen Jasmus lauteten, zahlte er zunächst 2000 M. Sein Vorhaben, mit Fleißer von der Schlesischen Bande aus nach der Tschschowawakei zu wandern, konnte er wegen Schneeperehungen nicht ausführen. Er wurde zudem schon vorher mit Fleißer angehalten und nach Ausweispapieren befragt, doch kamen beide damit durch, daß Fleißer seinen grünen Ausweis als Beamter der Schutzpolizei vorzeigte. Beide kamen dann, wie schon berichtet, zu Vermonden nach Grünberg, von wo Fleißer mit seiner Schwester nach Berlin fuhr, während Ziebler, wie er angibt, ohne Ziel zurückblieb. Er fuhr zunächst nach Glogau, wohnte dort im Hotel, blieb aber nur einige Tage, weil er sich nicht sicher fühlte und ging zu Fuß nach dem auf der Strecke Sagan liegenden Ort Herrendorf, wo er in einem Gasthof abstieg. Dort hielt er sich etwa 14 Tage auf, gab sich für einen Kartoffelkäufer aus und spielte abends mit den Bauern und dem

